

## Eine neue Allianz gegen zu viel Zuwanderung; Nordische Länder verstärken Zusammenarbeit im Bereich Migrationspolitik und verschärfen Asylrecht

Die Welt

Dienstag 14. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



**Section:** Politik; S. 6; Ausg. 221

**Length:** 1010 words

**Byline:** Johanna Sahlberg

### Body

---

Nordeuropa vertieft seine Wende hin zu einer restriktiven **Asylpolitik**. Schweden, Dänemark, Norwegen, Finnland und Island haben sich auf gemeinsame Rückkehrprogramme geeinigt, um die Abschiebung von Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung zu erleichtern. Auf einem Treffen in Kopenhagen Ende Oktober beschlossen die Justiz- und **Migrationsminister** der Länder, künftig gemeinsame Abschiebeflüge zu organisieren - mit Unterstützung der EU-Grenzschutzbehörde Frontex.

Zwar haben die Länder bei ihrem Treffen ganz spezielle Maßnahmen beschlossen. Doch markiert die Ankündigung auch ganz allgemein einen Wendepunkt Nordeuropas in der Frage, wie man künftig mit **Migration** umgehen will. Dieser dürfte auch eine Signalwirkung für die EU haben, deren Mitgliedsländer um eine gemeinsame **Asylpolitik** ringen. Und auch für Deutschland ist die Entwicklung bedeutsam: Statistiken legen nahe, dass viele **Migranten** sich mittlerweile gar nicht mehr auf den Weg nach Nordeuropa machen - sondern lieber gleich in der Bundesrepublik bleiben.

Henrik Emilsson, Forscher für internationale Migration an der Universität im schwedischen Malmö, bestätigt im Gespräch mit WELT, dass die nordischen Länder inzwischen geeinter sind, denn je, nachdem ihre Migrationspolitik lange Zeit eher einem Flickenteppich geglichen hatte. "Dänemark hatte immer die härteste Migrationspolitik, Schweden die offenste, und Norwegen lag stets irgendwo dazwischen", sagt er. Der Forscher erzählt, dass Schweden vor allem für die Dänen und manchmal auch für Norweger und Finnen als abschreckendes Beispiel galt; dass man in Schweden zu lasch gewesen sei und deshalb heute große soziale und sicherheitspolitische Probleme hätte. "Heute gibt es einen Konsens, den es lange nicht gegeben hat", so Emilsson.

Um die Jahrtausendwende hatten die späteren Extrembeispiele Dänemark und Schweden begonnen, sich in der Frage der Einwanderung auseinanderzuentwickeln: Dänemark verfolgte eine restriktive Asylpolitik, die sowohl von konservativen als auch Mitte-Links-Regierungen mitgetragen wurde. Als 2019 die Sozialdemokraten von Ministerpräsidentin Mette Frederiksen an die Macht kamen, verschärfte sie den Kurs noch weiter. Schweden dagegen blieb zunächst bei seinem traditionell liberalen Asylrecht: Für Flüchtlinge galt ein unbefristetes Bleiberecht,

## Eine neue Allianz gegen zu viel Zuwanderung Nordische Länder verstärken Zusammenarbeit im Bereich Migrationspolitik und verschärfen Asylrecht

Zuwanderer hatten die gleichen Rechte wie Staatsbürger und vollen Zugang zum Sozialsystem. Nur die rechten Schwedendemokraten, damals noch eine Kleinstpartei, hoben den dänischen Nachbarn als Vorbild heraus.

Erst infolge der Migrationskrise ab dem Jahr 2015 begann in Schweden eine Wende: Die Regierung verschärfte erstmals das Asylrecht und schaffte das unbefristete Bleiberecht ab. Nun zogen auch die schwedischen Sozialdemokraten mit, doch im vergangenen Herbst wurden sie trotzdem von einer konservativen Regierung abgelöst, die auf die Kooperation mit den starken Rechtsnationalen angewiesen ist.

Heute reisen nicht nur sie nach Dänemark, um sich in Sachen Migrationspolitik inspirieren zu lassen, sondern sogar die oppositionellen Sozialdemokraten. Der südliche Nachbar wird mittlerweile parteiübergreifend als Vorbild betrachtet. Man will die Migrationspolitik generell deutlich verschärfen und sogar die Aufnahme von Flüchtlingen künftig auf ein Minimum beschränken. Experte Emilsson unterstreicht, dass man bei den nordischen Ländern nicht mehr von einer Rechts-Links-Dimension sprechen kann: "Die Sozialdemokraten in Dänemark sind schon lange knallhart. Und in Schweden gibt es keine sozialdemokratische Gegenwehr mehr gegen eine härtere Migrationspolitik."

Anders als man hätte erwarten können, machen auch die norwegischen Sozialdemokraten keine Anstalten, zu einer weicheren Haltung zurückzukehren, nachdem sie 2021 die Macht von einer rechten Koalition zurückerobert hatten. Acht Jahre lang hatte dort die dezidiert fremdenfeindliche Fortschrittspartei mitregiert. Experte Emilsson meint, dass Norwegen nie die gleiche scharfe Rhetorik wie Dänemark benutzte, in seiner Migrationspolitik aber definitiv mehr an die südlichen Nachbarn angelehnt war als an Schweden. "Mittlerweile sind Sozialdemokraten in keinem der nordischen Länder eine Kraft, die sich für eine offene Migrationspolitik einsetzen", so der Forscher.

Finnland hatte im Vergleich zu seinen skandinavischen Nachbarn immer deutlich weniger Asylbewerber. Auch ist die Zahl der Anträge seit dem Ende der Flüchtlingskrise wieder stark zurückgegangen. Das Thema Migration war deshalb nie so zentral wie in anderen nordischen Ländern. Die neue Mitte-Rechts-Koalition spricht trotzdem von einem Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik. Mit dabei sind die migrationsfeindlichen "Wahren Finnen", die mit dem Innen- und Justizministerium zentrale Ressorts besetzen. Die Flüchtlingsquote will die neue Regierung auf 500 Personen pro Jahr halbieren.

Die Tatsache, dass die nordischen Länder im Bereich der Zuwanderung zusammenarbeiten, ist an sich nicht neu, sagt Emilsson. Der Forscher merkt jedoch an, dass es noch vor zehn Jahren absolut keinen Konsens gab. "Heute gibt es diesen, gerade weil Schweden seine Position so stark verändert hat." Wenn alle Absichten umgesetzt werden, die die neue Regierung in ihrem Koalitionsvertrag festgelegt hat, werde Schwedens Einwanderungspolitik bald sogar "wesentlich strenger als in Finnland und Norwegen und viel strenger als in Deutschland und Frankreich" sein, so Emilsson.

Der Wandel zeigt bereits Wirkung, wie aktuelle Zahlen beweisen: Während die Zahl der Asylbewerber in Europa im vergangenen Jahr drastisch gestiegen ist - in Deutschland in den ersten sieben Monaten des Jahres 2023 sogar um 80 Prozent - fiel der Wert in Schweden im Vergleich mit dem Vorjahr um 25 Prozent. Bei diesen Zahlen gibt es einen bemerkenswerten Zusammenhang, der auf die Folgen der unterschiedlichen Asylsysteme hinweist. "Heute sehen wir, dass immer mehr Asylbewerber in Deutschland bleiben; sie ziehen nicht durch Dänemark nach Schweden weiter, weil es keinen Grund mehr dazu gibt. Deutschland bietet mindestens so guten Schutz wie Schweden", meint Emilsson.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** November 13, 2023

## Dänemark und Österreich fordern neue EU-Asylpolitik; Immer mehr Befürworter von Drittstaatenlösung

Die Welt

Mittwoch 22. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** Politik; S. 6; Ausg. 227

**Length:** 827 words

**Byline:** Carolina Drüten

## Body

---

In Nefta, einer tunesischen Oasenstadt, werden auf rund 12.000 Quadratmetern Grenzschrützer mit Geldern aus Österreich und Dänemark ausgebildet. Sie sollen Migranten an der Weiterreise nach Europa hindern. Vorige Woche eröffneten Österreichs Innenminister Gerhard Karner und Dänemarks Migrationsminister Kaare Dybad Bek gemeinsam das neue Zentrum nahe der algerischen Grenze. Dreieinhalb Millionen Euro hat es gekostet, den Großteil bezahlte Kopenhagen.

Der Arbeitsbesuch in Tunesien war die erste gemeinsame Initiative Österreichs und Dänemarks auf Ministerebene. Die beiden Länder sind sich in vielen Fragen einig, wie eine europäische Migrationspolitik aussehen sollte. Klar ist: Drittstaaten sollen eine zentrale Rolle spielen. Diese Erkenntnis teilt man auch in Brüssel und in vielen EU-Hauptstädten. Strittig ist nur, wie weit solche Modelle gehen sollen. Österreich und Dänemark wollen grundlegendere Neuerungen in der europäischen Migrationspolitik. Beide sind Befürworter des "Ruanda-Modells": Migranten, die irregulär in EU-Länder eingereist sind, werden in ein Drittland zu schicken, um dort das Asylverfahren durchzuführen. So soll der Anreiz der Reise nach Europa wegfallen und Migration reduziert werden. Dieser Vorschlag wird derzeit auch in Deutschland diskutiert - die Bundesregierung will nach einem Vorstoß der Unionsparteien prüfen, ob Asylverfahren außerhalb Europas möglich sind.

Dabei war vermeintlich gerade erst ein Ausweg gefunden für das Problem, an dem die EU vor einigen Jahren fast zerbrochen wäre: Eine Asylreform wurde erdacht, um irreguläre Einwanderung zu reduzieren.

Doch nach Ansicht einiger Experten wird die Reform ins Leere laufen. Der bekannte Migrationsforscher Gerald Knaus etwa hält sie für einen "Bluff". "Die Reform wird nichts verändern, nichts bewirken, nichts reduzieren, keine Leben retten", sagt er. Ohne eine Einigung über die Rückführung von Migranten sei das Vorhaben sinnlos. Denn momentan scheitern Abschiebungen zumeist daran, dass die Herkunfts- oder Transitländer der Migranten diese nicht wieder aufnehmen wollen. "Aus Brüssel ist zu hören, dass alternative Lösungen in der Migrationsfrage von der Notwendigkeit dieser Reform ablenken", sagt Knaus. Das hält er für verantwortungslos. "Niemand will

## Dänemark und Österreich fordern neue EU-Asylpolitik Immer mehr Befürworter von Drittstaatenlösung

eingestehen, dass man jahrelang an einem schlechten Kompromiss gearbeitet hat", so der Experte. "Niemand will verantwortlich sein, wenn die Reform scheitert."

Auch in einigen EU-Ländern wächst die Gewissheit, dass andere Lösungen her müssen. Österreich und Dänemark bilden die Speerspitze dieser Bewegung. Das dänische Parlament hatte im Juni 2021 ein Gesetz verabschiedet, das Asylzentren in anderen Ländern möglich macht. Damit können die Behörden Asylbewerber in Drittländer fliegen, wo sie darauf warten müssen, dass ihr Antrag in Dänemark behandelt wird. Entsprechende Pläne gab es mit Ruanda, wohin auch die britische Regierung Asylbewerber schicken will. Nichts davon ist aber bislang umgesetzt.

Für andere EU-Länder wäre ein solcher Schritt aktuell ohnehin nicht möglich. Dänemark hat da mehr Freiheiten, weil das EU-Recht aufgrund einer juristischen Sonderregelung nur teils bindend ist. Wien fordert deshalb, die Rahmenbedingungen zu ändern. "Das rechtliche Regelwerk muss geändert werden, damit Partnerschaften mit Drittländern wie Ruanda über Asylverfahren möglich werden", sagte Österreichs Innenminister Karner zu WELT. Dies sei immer mehr Ländern bewusst geworden. "Die Allianz jener, die etwas ändern wollen, ist deutlich größer geworden", sagt Karner und spricht von einer "richtigen Entwicklung".

Tatsächlich gibt es auch in anderen Ländern Vorstöße. Italien etwa will auf albanischem Boden zwei Aufnahmезentren für Migranten errichten, die über das Mittelmeer gekommen sind. Dort sollen ihre Asylanträge geprüft werden. Auch Schweden befürwortet Verschärfungen. Die Krux liegt in einer Besonderheit des EU-Rechts, die sich Verbindungskriterium nennt. Es besagt, dass Migranten nur dann in als sicher deklarierte Drittstaaten gebracht werden dürfen, wenn sie zu diesem Land ausreichende Berührungspunkte haben. Das können zum Beispiel Transitländer auf der Migrationsroute sein; für Ruanda beispielsweise trifft dies in vielen Fällen allerdings nicht zu. Auch die Ampel scheint an der Vorgabe festhalten zu wollen. Knaus ist dafür, temporär das Verbindungsgesetz aufzuheben. "Ein Pilotprojekt zum Ruanda-Modell wäre der Paradigmenwechsel, den es jetzt braucht", sagt er. Für ihn ist eine Lösung mit Drittstaaten der einzige Weg, um die Migrationszahlen zu reduzieren und gleichzeitig die Menschenrechte und die Flüchtlingskonvention zu achten. Scheitere die EU an diesem Anspruch, werde sich die Debatte weiter radikalisisieren, warnt Knaus. "Dann werden Forderungen laut, die Flüchtlingskonvention abzuschaffen oder Gesetze zu brechen. Und das wäre für die EU als Rechtsgemeinschaft eine echte Gefahr."

Das wäre für die EU eine echte Gefahr Gerald Knaus, Migrationsexperte

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** November 21, 2023

## Warum die "Ruanda-Lösung" ein Mythos ist

Die Welt

Donnerstag 21. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



**Section:** FORUM; GASTKOMMENTAR; S. 7; Ausg. 248

**Length:** 830 words

**Byline:** Joachim Wagner

### **Body**

---

In der Asyldebatte hat die Externalisierung von Asylverfahren in sichere Drittstaaten derzeit Hochkonjunktur. Nach dem gerade veröffentlichten Entwurf ihres Grundsatzprogramms will die CDU einen "grundlegenden Wandel des europäischen Asylrechts" durch ein "Konzept der sicheren Drittstaaten" erreichen. In einem solchen Staat - nennen wir ihn im Folgenden fiktiv Maliganda - sollen künftig alle deutschen Asylverfahren durchgeführt werden. Bei einem positiven Ausgang soll der Drittstaat dem Asylbewerber dann "vor Ort Schutz gewähren".

Auf Betreiben von NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) hatte die Ministerpräsidentenkonferenz mit Zustimmung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) Anfang November beschlossen zu prüfen, ob Asylverfahren "zukünftig auch in Transit- und Drittländern erfolgen könnten". Der offizielle Grund der Befürworter: Die Aussicht auf Verfahren in Afrika oder Asien soll Menschen von der gefährlichen Flucht über das Mittelmeer abhalten. Das ist eine humanitäre Verkleidung für weniger humane Motive: nämlich Flüchtlinge und Migranten davon abzuschrecken, sich auf den Weg nach Europa zu machen.

Unter Europarechtlern besteht Einigkeit darüber, dass Asylverfahren grundsätzlich in Drittländer ausgelagert werden können. Allerdings fordert das EU-Recht bisher eine "Verbindung" zwischen dem Schutzsuchenden und dem sicheren Drittstaat, in dem sein Asylverfahren stattfindet. Um diese Beschränkung aufzuheben, müsste man das europäische Asylrecht ändern. Das ist allerdings eine leichte Übung im Vergleich zu den Hürden, die sich bei der rechtlichen und praktischen Umsetzung des Maliganda-Modells auftürmen. Die hier zu beobachtende Realitätsverweigerung ihrer Protagonisten ist nur durch große Not und politische Verzweiflung zu erklären. So nehmen sie nicht zur Kenntnis, dass es etwa dem vermeintlichen Vorreiter Großbritannien seit zwei Jahren nicht gelungen ist, auch nur einen einzigen Flüchtling nach Ruanda auszufliegen, weil der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte und britische Gerichte das verhindert haben. Die Begründungen: Ruanda sei kein sicherer Drittstaat sei und es bestehe eine "Gefahr für Misshandlungen".

Keine Antwort finden die Befürworter des Drittstaaten-Modells auch auf die Frage, wie Schutzsuchende aus Syrien oder dem Sudan dazu bewegt werden könnten, sich freiwillig in unser fiktives Drittland Maliganda zu begeben, um dort einen Asylantrag zu stellen, anstatt sich auf den Weg nach Europa zu machen. Realistischer ist, dass

## Warum die "Ruanda-Lösung" ein Mythos ist

Schutzsuchende zunächst weiter nach Europa kommen, um dann von Wien oder Frankfurt ins fiktive Maliganda geflogen werden zu müssen. "Es wäre vollkommen unrealistisch, große Zahlen von Asylbewerbern in ein Drittland zu bringen", warnt der Migrationsforscher Gerald Knaus in der "Süddeutschen Zeitung". Würde man die Asylbewerberzahlen aus den Jahren 2017 bis 2023 in Deutschland in die Zukunft fortschreiben, müssten wir in den kommenden Jahren durchschnittlich mehr als 180.000 Schutzsuchende nach Maliganda ausfliegen - in der Regel gegen ihren Willen. Laut dem Konstanzer Migrationsrechtler Daniel Thym gehen alle Drittstaaten-Modelle davon aus, dass es ausreicht, einige wenige Personen zurückzuführen, worauf die Asylbewerberzahlen in der Folge wegen des Abschreckungseffekts automatisch zurückgehen. Das aber dürfte ein frommer Wunsch bleiben.

Nach den deutschen Plänen sollen die Asylverfahren in den sicheren Drittländern entweder von deutschen Behörden oder vom Flüchtlingshilfswerk UNHCR organisiert werden. Welcher Staat würde sich auf den Aufbau solcher fremder Bürokratien auf seinem Boden einlassen? Im fiktiven Maliganda müssten "bestimmte rechtsstaatliche Standards eingehalten werden, damit diese von deutschen und europäischen Gerichten als äquivalent zu Asylverfahren in Deutschland und Europa anerkannt würden", erklärt der Bonner Europa- und Völkerrechtler Christian Hillgruber. Das kann nur gelingen, wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im fiktiven Maliganda eine Außenstelle mit mehreren hundert Mitarbeitern errichten würde. Dieser Prozess würde Jahre dauern. Aufgrund der Rechtsweggarantie unseres Grundgesetzes hätten abgelehnte Asylbewerber im fiktiven Maliganda außerdem einen Anspruch auf effektiven Rechtsschutz. Wie soll der im Ausland sichergestellt werden?

Das Konzept der Auslagerung von Asylverfahren in sichere Drittstaaten ist für Professor Hillgruber "keine Lösung", sondern fernab jeder praktischen und rechtlichen Realität. Als ein klassischer Fall irreführender Symbolpolitik weckt das Modell in der Bevölkerung falsche Erwartungen hinsichtlich der Bewältigung der Asylkrise, von denen am Ende nur die AfD profitieren wird. Und es verhindert eine öffentliche Diskussion über die Abschaffung des individuellen Rechts auf Asyl, dem bisher einzigen Weg, der geeignet ist, illegale Migration erheblich zu steuern.

Joachim Wagner ist Jurist und Journalist. Er war unter anderem Leiter und Moderator des NDR-Magazins "Panorama".

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** December 20, 2023

**Der Mythos vom allein gelassenen Italien; Rom beklagt sich, mit der hohen Zahl von ankommenden Migranten überfordert zu sein. Dabei lässt es die Menschen vor allem nach Deutschland weiterziehen**

Die Welt

Freitag 6. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** Politik; S. 5; Ausg. 194

**Length:** 814 words

**Byline:** Virginia Kirst

## Body

---

Rom

Kurz vor dem informellen EU-Gipfeltreffen im spanischen Granada ist es Deutschland und Italien gelungen, ihren Streit über die Reform der EU-**Asylpolitik** beizulegen. Damit ist der Weg auch für bilaterale Gespräche zwischen den Regierungschefs Olaf Scholz und Giorgia Meloni frei.

Rom hatte Berlin in den vergangenen Wochen scharf dafür kritisiert, dass es Geld an Nichtregierungsorganisationen (NGOs) gibt, die im Mittelmeer **Migranten** aus Seenot retten. Meloni hatte darin eine Einmischung in inneritalienische Angelegenheiten gesehen und Deutschland vorgeworfen, Willkommenskultur "mit den Grenzen anderer" zu zelebrieren, während das deutsche Außenministerium in der Finanzierung die Unterstützung einer humanitären Pflicht sah.

Unbeachtet blieb dabei, dass dieser Streit zwischen Berlin und Rom sich um ein Thema dreht, das in der Migrationsfrage bestenfalls ein Nebenschauplatz ist. Denn Zahlen des Politikforschungsinstituts Ispi zeigen, dass nur rund zwei Prozent der 133.000 Migranten, die Italien bis Ende September 2023 über das Mittelmeer erreicht haben, zuvor an Bord eines deutschen NGO-Schiffs waren.

Alle NGOs brachten zusammen nur rund acht Prozent der Menschen an Land. Die große Mehrheit von ihnen erreichte die Küste aus eigener Kraft oder dank einer Rettungsaktion der italienischen Küstenwache.

Im Grunde geht es eigentlich um eine andere Frage. Darum nämlich, wer beim Thema Migration die größere Last trägt. Denn beide Länder haben das Gefühl, deutlich mehr zu leisten und dem jeweils anderen daher nichts schuldig zu sein. Italien einerseits, weil es sich um die Migrantenströme kümmern muss, die an seinen Küsten ankommen. Und Deutschland andererseits, weil es derzeit die meisten Asylanträge in der ganzen EU erhält.

Der Mythos vom allein gelassenen Italien Rom beklagt sich, mit der hohen Zahl von ankommenden Migranten überfordert zu sein. Dabei lässt es die Menschen vor all....

Während Italien Deutschland also vorwirft, es mit der Organisation der ankommenden Migranten allein zu lassen, gibt es Stimmen aus Deutschland, die Rom vorhalten, die Migranten entgegen der Dublin-Verordnung in Richtung Norden weiterreisen zu lassen, wo Deutschland sich dann auf lange Sicht um sie kümmern muss.

Doch bei genauerem Hinschauen wird klar, dass beide Länder mit ihren Positionen dem jeweils anderen Unrecht tun. Angefangen bei Italien, das den Kraftakt unterschätzt, den Deutschland mit der Versorgung der Asylantragsteller bewältigen muss. So wurden in diesem Jahr in Deutschland bereits 77 Prozent mehr Asylanträge als im Vorjahr gestellt - Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine ausgenommen. Solche Zahlen hat Deutschland zuletzt während der Flüchtlingskrise 2015/2016 bewältigt und gerade die Kommunen rufen um Hilfe, weil sie damit zunehmend überlastet sind.

Der EU-Vergleich zeigt, dass in Deutschland mit 244.000 Asylanträgen insgesamt die meisten Anträge gestellt worden sind. Gemessen an der Einwohnerzahl mussten zwar Belgien und Österreich mehr Asylanträge als Deutschland bearbeiten - in Italien waren es mit 84.290 Anträgen auf knapp 60 Millionen Einwohner allerdings deutlich weniger.

Das liegt daran, dass die Mehrzahl der Flüchtlinge und Migranten, die in Italien ankommt, nicht im Land bleiben wollen. Sie haben entweder Familie oder Bekannte in anderen EU-Ländern oder von den schlechten Bedingungen gehört, die sie in den italienischen Unterkünften für Asylbewerber erwarten.

Auch erhalten die Migranten in Italien weniger Sozialleistungen - neben Unterkunft und Essen gibt es täglich 2,50 Euro Taschengeld - als etwa in Deutschland und es dauert länger, bis ihr Asylgesuch bearbeitet wird. Außerdem versuchen die italienischen Behörden teils aktiv, die Migranten davon abzuhalten, in Italien Asyl zu beantragen, wie Caterina Bove, Anwältin und Mitglied von ASGI, einer Vereinigung, die sich mit den rechtlichen Aspekten der Immigration in Italien beschäftigt, berichtet.

Das führt dazu, dass Deutschland deutlich mehr Asylbewerber versorgen muss als Italien und daher höhere Kosten hat: Einer Berechnung von WELT zufolge dürften im Jahr 2022 von Bund und Ländern mindestens 15 Milliarden Euro für soziale Hilfen für Migranten geflossen sein. Ähnliche Schätzungen sind in Italien kaum zu finden.

Doch eine Beispielrechnung, die derzeit in Migrations-kritischen und regierungsnahen Medien die Runde macht, geht davon aus, dass Italien 2023 rund 3,5 Milliarden Euro für die Versorgung der Migranten ausgeben werden wird - in einem Jahr also bis zu doppelt so viele Migranten im Land ankommen werden wie 2022.

Gleichzeitig wird aus der deutschen Perspektive häufig vernachlässigt, welche Kosten Italien durch die Organisation der Migrationsströme entstehen: So kommt zur Versorgung und Unterbringung der Asylbewerber auch noch die Erstversorgung der Ankömmlinge hinzu, sowie die Seenotrettung, die die italienische Küstenwache durchführen muss, weil es keine EU-Rettungsmissionen mehr gibt. Auch die Sorge für die unbegleiteten Minderjährigen, die besonders schutzbedürftig sind, ist aufwendig und teuer.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Giorgia Meloni und Olaf Scholz: Die Stimmung zwischen beiden ist angespannt

**Load-Date:** October 6, 2023